

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Der Berliner Erzbischof Heiner Koch fordert mehr Einsatz gegen jede Form von Antisemitismus.** „Antijudaismus und Antisemitismus vergehen nicht und schon gar nicht dadurch, dass wir wegschauen und uns wegducken“, betonte Koch nach Angaben in einem Interview mit der Zeitung B.Z. Man dürfe nicht vergessen: „Von den Juden haben wir unseren Glauben gelernt. Sie sind die Wurzel, die uns trägt. Wegen ihrer Geschichte seien besonders die Christen in Deutschland in der Pflicht, sich einzusetzen. (kap 17.08.2017)
- **Viele Juden in Deutschland gehen nach einer Studie von wachsendem Antisemitismus in der Bundesrepublik aus.** Drei Viertel der Befragten nehmen Judenfeindlichkeit als großes Problem wahr und bewerten die Entwicklung in den zurückliegenden Jahren sehr pessimistisch, wie aus der in Frankfurt vorgestellten Studie „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland“ hervorgeht. Dafür wurden rund 500 Personen jüdischen Glaubens befragt. 62 Prozent der über das Internet Befragten gaben an, in den vergangenen zwölf Monaten Antisemitismus in Form „versteckter Andeutungen“ erlebt zu haben. 29 Prozent sind demnach beleidigt oder belästigt und 3 Prozent körperlich angegriffen worden. 60 Prozent betonten, bereits über ein Verlassen Deutschlands nachgedacht zu haben, weil sie sich als jüdische Person nicht mehr sicher fühlten. Zugleich sagten drei Viertel, sich in Deutschland wohl zu fühlen. Kritisch sieht mehr als die Hälfte der befragten Juden die aktuelle Zuwanderung. 70 Prozent befürchten laut Studie, dass der Antisemitismus in Deutschland zunehmen werde, weil viele Flüchtlinge antijüdische Einstellungen hätten.
 „Viele der befragten Jüdinnen und Juden fühlen sich in unserer Gesellschaft verunsichert, denn Diskriminierung findet in vielen Lebenslagen statt, sei es in der Schule, dem Job oder bei Behördengängen“, erklärte die Frankfurter Diskriminierungsforscherin Julia Bernstein, eine der Autorinnen. Ablehnung zeige sich in Form von offenen und subtilen Vorurteilen, generellen Abwertungen und medialen Bildern. Dies sei für Betroffene physisch, psychisch und sozial belastend. „Die meisten Angehörigen der jüdischen Bevölkerung in Deutschland trauen sich nicht, ihren Glauben in der Öffentlichkeit auszuleben - die Angst ist zu groß, Opfer von psychischer und physischer Gewalt zu werden“, heißt es in der Studie. Zum persönlichen Schutz werde die jüdische Identität selten im öffentlichen Leben oder im Internet gezeigt. Im Netz seien stereotype abwertende Darstellungen von Juden verbreitet. Vor allem in Schulen werden Juden laut der Studie mit den aggressivsten Formen von Antisemitismus konfrontiert. Dazu zählten etwa Provokationsangriffe mit positiven Bezügen zur NS-Zeit oder eine starke antiisraelische Haltung, die von Schülern und einigen Lehrkräften zum Ausdruck gebracht werde. Häufig werde das Wort „Jude“ als Schimpfwort benutzt - oft auch an Nichtjuden gerichtet. Die vom Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Frankfurt University of Applied Sciences und dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld veröffentlichte Studie beruht auf einer Onlinebefragung von 553 Personen. Zudem werteten die Wissenschaftler 31 Einzelberichte, Expertenberichte und ein Tagebuch aus. (kna-öki 22.08.2017)
- **Papst Franziskus hat Gewaltfreiheit als verbindenden Grundsatz von Juden und Katholiken hervorgehoben.** Es sei sehr wichtig, dass Religionen moralisches Verhalten und Bildung nutzten, um Einfluss auszuüben, „nicht Krieg, Zwang oder gesellschaftlichen Druck“, sagte er bei einem Treffen mit der Europäischen Rabbinerkonferenz, dem Rabbinerrat von Amerika und der Dialogkommission des israelischen Großrabbinats am 31. August im Vatikan. Zugleich lobte er Fortschritte in den Beziehungen. Diese würden „immer freundschaftlicher und brüderlicher“. Judentum und katholische Kirche erlebten augenblicklich einen „fruchtbaren Moment des Dialogs“, sagte Franziskus. Das spiegele sich auch in dem Dokument „Zwischen Jerusalem und Rom“, das von der Europäischen Rabbinerkonferenz und dem Rabbinerrat von Amerika im Februar veröffentlicht worden war. Das Papier verhehle nicht die theologischen Differenzen, bekunde aber den Wunsch nach engerer Zusammenarbeit. So spreche es von den Katholiken als „Partner, enge Verbündete, Freunde und Brüder im beiderseitigen Streben nach einer besseren Welt, die mit Frieden, sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit gesegnet ist“, zitierte der Papst aus dem Schreiben.

Die Deutsche Bischofskonferenz bezeichnete die Erklärung als „Meilenstein in den jüdisch-christlichen Beziehungen“. „Für uns Katholiken ist diese Erklärung eine große Ermutigung, den Dialog mit dem Judentum auch weiterhin engagiert fortzuführen“, erklärte der Vorsitzende der Unterkommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum, der Erfurter Bischof Ulrich Neymeyr. Es bleibe zu hoffen, dass die Erklärung eine breite Aufnahme in der Theologie und in der Öffentlichkeit finde und den jüdisch-christlichen Beziehungen neue Impulse gebe. „Es ist die erste offizielle Erklärung rabbinischer Organisationen zum Christentum“, so Erfurts Bischof. Zwar habe es schon vorher Erklärungen einzelner Gruppen von Rabbinern gegeben, die im christlich-jüdischen Dialog aktiv seien. Im aktuellen Fall sei sie jedoch gemeinsam von den drei Organisationen verfasst worden. Sie gebe einen breiten Konsens der orthodoxen Rabbiner in Europa, den USA und Israel wider.

Die Erklärung würdigt das Dokument des Zweiten Vatikanischen Konzils *Nostra aetate* als einen Wendepunkt in den christlich-jüdischen Beziehungen und die nachkonziliare Verkündigung der Päpste bis in die Gegenwart. In den vergangenen Jahrzehnten habe die Kirche ihre Feindseligkeit gegenüber dem Judentum überwunden, so dass Vertrauen und Zuversicht zwischen Christen und Juden hätten wachsen können. Die Rabbiner stellen fest, dass „den Christen ein besonderer Status gebührt, da sie den Schöpfer des Himmels und der Erde anbeten, der das Volk Israel aus ägyptischer Knechtschaft befreite und dessen Vorsehung der gesamten Schöpfung gilt“.

Der Frankfurter Rabbiner Avichai Apel, der als Mitglied der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschlands der Delegation angehörte, sagte der „Jüdischen Allgemeinen“, es habe sich um ein beeindruckendes Treffen in sehr freundlicher Atmosphäre gehandelt. „Die Veränderung der Einstellung der katholischen Kirche gegenüber dem Judentum ist ein positives Zeichen, auch wenn die Beziehungen weiterhin durch die zum Teil sehr leidvolle Geschichte der vergangenen 2.000 Jahre geprägt bleiben. Aber wir erkennen die Zeichen für eine bessere Zukunft.“

Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich, Oskar Deutsch, sprach von einem „historischen Moment“. Er sei stolz, dass der Wiener Oberrabbiner Arie Folger zu den Autoren des Dokuments gehöre, das die erste gemeinsame offizielle Antwort von rabbinischen Organisationen zum Christentum darstellt. „Religionsgemeinschaften sind heute einerseits mit drohender Gewalt von Extremisten und andererseits mit wachsendem Unverständnis einer zunehmend religionsfeindlichen Welt konfrontiert“, betonte Folger in einer Mitteilung der Kultusgemeinde. Dabei hätten die Religionsgemeinschaften in der Geschichte wesentlich zum Wohl der Gesellschaft beigetragen. (kna-öki 05.09.2017)

- **Die Zahl antisemitischer und antiisraelischer Delikte nimmt in Deutschland zu.** Das teilte die Bundesregierung in einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Grünen-Bundestagsabgeordneten Volker Beck mit. Demnach wurden im ersten Halbjahr 2017 insgesamt 681 derartige Delikte erfasst und damit 27 Taten mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Leicht gestiegen sei auch die Zahl der Gewaltdelikte (von 14 auf 15) und der Fälle von Volksverhetzung (von 425 auf 434). Unter Experten herrschen Zweifel hinsichtlich der Klassifizierung von 93 Prozent der Taten als „rechtsextremistisch motiviert“. So würden „Juden raus“-Schmierereien in Statistiken generell als rechtsextrem ausgewiesen, obwohl diese Parole auch in islamistischen Kreisen populär sei. (kna-öki 12.09.2017)
- **Die Bundesregierung will sich einem international erarbeiteten Verständnis über Antisemitismus anschließen.** Das beschloss das Kabinett am 20. September in Berlin. Die Klärung des Begriffs hat etwa Konsequenzen für Schulen, Erwachsenenbildung oder auch für die Ausbildung im Justizwesen und in anderen Behörden. Ziel ist es danach, die vielfältigen Facetten des Antisemitismus möglichst früh zu bekämpfen. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) stellten die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) vor. Der Zentralrat der Juden in Deutschland und das American Jewish Committee (AJC) begrüßten den Beschluss. Die Begriffsklärung lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/ oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Verabschiedet hatten die Begriffsbestimmung die 31 Mitgliedsstaaten der IHRA im Mai 2016. Israel, Großbritannien, Österreich und Rumänien haben der Definition bereits zugestimmt. Familienministerin Katarina Barley (SPD) bezeichnete die Verabschiedung als „wichtiges Signal“. Für Antisemitismus dürfe es keinen Platz in der deutschen Gesellschaft geben. Im Kampf gegen derartige Tendenzen dürfe nicht nachgelassen werden. Wenngleich der Antisemitismus durch den Zuzug von Muslimen zugenommen habe, dürfe er nicht isoliert betrachtet und einer bestimmten Gruppe zurückgeschrieben werden. „Er durchzieht leider die ganze Gesellschaft“, so Barley.

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, erklärte, die Regierung habe ein klares Zeichen gesetzt, dass Antisemitismus in Deutschland weder geduldet noch toleriert werde. „Antisemitismus im Gewand vermeintlicher Israelkritik gilt es ebenso zu bekämpfen wie die alten Vorurteile gegenüber Juden“, so Schuster. Wenn die Definition künftig in den Schulen, in der Ausbildung im öffentlichen Dienst und in der Justiz berücksichtigt wird, ist damit laut dem Zentralrat ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Antisemitismus getan. Auch die Polizei erhalte so ein Werkzeug an die Hand, mit dem antisemitische Straftaten auch als solche effektiv eingestuft werden könnten. Das AJC begrüßte ebenfalls die Entscheidung der Bundesregierung. „Das Fehlen einer einheitlichen Definition hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass antisemitische Vorfälle allzu oft ignoriert wurden“, sagte die Direktorin des AJC Berlin Ramer Institute for German-Jewish Relations. „Damit ist jetzt endlich Schluss.“

Unterdessen ist laut einer aktuellen Studie der Konsens zur Ablehnung von Judenfeindlichkeit brüchig geworden. Dabei dürfe der Antisemitismus nicht allein einer bestimmten Gruppe wie muslimischen Jugendlichen zugeschrieben werden, so die Autoren bei der Übergabe der Expertise an Familienministerin Barley. Die Zunahme von Antisemitismus bedeute auch, dass „zivilisatorische Errungenschaften wieder in Zweifel gezogen werden“, meinte der Psychologe Tom David Uhlig von der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Charakteristisch sei, dass sich die Verfolgten selbst als Verfolgte fühlten. Auch in Teilen des akademischen Milieus gebe es wachsende antisemitische Tendenzen. Dazu gehöre auch eine Kritik am Staat Israel, der stets als ein „künstliches Staatengebilde“ wahrgenommen werde.

Der Vorsitzende der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), Andreas Eberhardt, beklagte, es gebe eine „hohe Kluft zwischen öffentlicher Ächtung und vernommenen Zwischentönen“. Neben wachsenden antisemitischen Tendenzen gebe es auch einen erstarkenden antimuslimischen Rassismus. (kna-öki 26.09.2017)

- **Der Münchner Kardinal Reinhard Marx beobachtet mit Sorge eine wachsende Judenfeindlichkeit in Deutschland.** „In den vergangenen Monaten haben wir leider ein Erstarken des Antisemitismus auch in Deutschland erleben müssen“, heißt es in einem Schreiben des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz an den Präsidenten des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, zum jüdischen Neujahrsfest Rosch Haschana. Neben antijüdischen Vorurteilen habe vor allem ein „israelbezogener Antisemitismus“ zugenommen“, so Marx weiter. Kritik an Entscheidungen israelischer Regierungen etwa in Bezug auf die Besatzungs- oder Siedlungspolitik sei zweifellos legitim. „Diese Kritik aber muss so formuliert werden, dass sie nicht antisemitisch oder antizionistisch missverstanden werden kann und den vorhandenen Antisemitismus nicht verstärkt“, betonte der Kardinal. „Wir sind auch für die politische Wirkung dessen, was wir sagen und tun, verantwortlich.“ Positiv hob Marx den Dialog zwischen Juden- und Christentum hervor. Beispielhaft verwies er dabei auf die Erklärung „Zwischen Jerusalem und Rom“, die eine Delegation der Europäischen Rabbinerkonferenz, des Rabbinical Council of America und des Israelischen Oberrabbinats Ende August Papst Franziskus überreicht hatte. Marx nannte das Papier „eine Würdigung der Verbesserungen in den christlich-jüdischen Beziehungen seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil und vor allem eine Ermutigung, den christlich-jüdischen Dialog auch zukünftig engagiert fortzuführen“. Er hoffe, dass diese Erklärung eine weite Verbreitung sowohl in den Kirchen als auch in der jüdischen Gemeinschaft finde und dass „die wegweisenden Aussagen die theologischen Debatten, aber auch das alltägliche Zusammenleben inspirieren“. (kna-öki 26.9.2017)
- **Das Reformationsgedenkjahr hat zu Recht immer wieder auch die Frage nach dem Verhältnis von Martin Luther zu den Juden aufgeworfen.** Eine Bestandsaufnahme der Diskussion „aus katholischer Sicht“ unternahm in Aachen der ehemalige Direktor der Katholischen Akademie des Bistums, Hans Hermann Henrix. Der emeritierte Konsultor der Vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum ließ protestantische und katholische Stimmen über Luthers angeblich widersprechenden Schriften „Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei“ (1523) und „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543) zu Wort kommen und erläuterte die aktuelle dialogische Position der Kirchen zum Judentum. Er sprach auf Einladung der ökumenischen Citykirche zu Aachen in deren Räumen. In seiner 1523 veröffentlichten Abhandlung verbinde der Reformator „seine Aussagen über Juden mit der Kritik am Papsttum. Die römische Kirche hatte die Juden als „Hunde“ behandelt und deshalb deren Konversion zum Christentum verhindert. Man müsse, so Luther, zur Christianisierung der Juden christliche Liebe walten lassen. Die freundliche Behandlung bewirkte jedoch keine Übertritte, und deshalb empfahl der alte Luther 1543, „scharfe Barmherzigkeit“ walten zu lassen, d.h. Synagogen und jüdische Häuser niederzubrennen und deren Bewohner zu vertreiben. Der evangelische Theologe Peter von Osten Sacken sehe keinen grundlegenden Unterschied zwischen der Früh- und Spätschrift Luthers, so Henrix. Auch in dem älteren Text

leuchte die Auffassung „Wir die Wahrheit, ihr die Lügen" durch. Beide Kurzwerke seien polemisch. Der Reformator sehe die Hebräische Bibel in seinen beiden Schriften allein auf Jesus Christus ausgerichtet. Der Lutherforscher Andreas Pangritz: „Die verzweifelt erhoffte Bekehrung der Juden erscheint Luther notwendig als Tatbeweis für das theologische und historische Recht der Reformation gegenüber Rom."

Klaus Wengst und Thomas Kaufmann sehen als Mangel an, dass Luther in seiner Frühschrift außer Acht gelassen habe, dass der Messias der Christen nicht nur als Jude auf die Welt kam, sondern als Jude gelebt hat und gestorben ist. Der evangelische Theologe Friedrich Wilhelm Marquardt betone, dass die kirchliche Christologie jahrhundertlang übersehen hatte, dass das „vere homo" Christi jüdisch sei. Kaufmann vermisst bei Luther die Annahme des Judentums als eine legitime Religion. Dennoch sei Luthers Frühschrift „eine tiefgehende Wende". Jesus solle „als ganz Mensch seiner Zeit und seines jüdisch-palästinensischen Milieus des ersten Jahrhunderts" betrachtet werden, „dessen Ängste und Hoffnungen er teilte", heißt es in der vatikanischen Empfehlung für Predigt und Katechese aus den 1980er Jahren. Papst Johannes Paul II. erklärte, dass Jesus nicht nur physisch als ein Sohn Israels zu betrachten sei. Er „nahm an den synagogalen Zeremonien teil, bei denen die Texte des Alten Testaments gelesen und kommentiert wurden. (...) Er nährte damit Geist und Herz, indem er sich dann deren in seinen Gebeten bediente; auch sein Verhalten war ganz von ihnen durchdrungen." Der Papst widerspreche mit dieser Äußerung jeglicher antijüdischer Christologie, betonte Henrix. Die gegenwärtige Päpstliche Bibelkommission beleuchte die zwei unterschiedlichen Interpretationen der Heiligen Schrift: Die jüdische Leseweise sei keine Abirrung sondern eine sich organisch aus der Bibel ergebene Möglichkeit. Henrix verdeutlichte die Pluralität der Auslegungen mit Psalm 62,12: „Eines hat Gott gesagt, zweierlei habe ich gehört". Papst Franziskus plädiere dafür, dass Juden und Christen die Hebräische Bibel gemeinsam lesen sollten, um sich „gegenseitig zu helfen, die Reichtümer des Wortes Gottes zu ergründen". Gastgeberin Pfarrerin Sylvia Engels nannte den Referenten einen „Brückenbauer" und betonte die vorurteilsfreie Christologie auch in der heutigen evangelischen Kirche. (kna-öki 04.10.2017)

- **Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich anerkennend über die jüdische Religionsgemeinschaft seines Landes geäußert.** Er sei überzeugt, dass die russischen Juden auch in Zukunft ihren Beitrag bei der Ausbildung, wissenschaftlichen Tätigkeiten sowie bei den Wohltätigkeitsaktionen fortsetzen würden, sagte Putin nach Angaben des russischen Nachrichtenportals „Interfax-Religion". Er habe besonders ihr Bemühen um die Toleranz unter den Religionsgemeinschaften in der Russischen Föderation hervorgehoben. Der russische Oberrabbiner Berl Lasar und der Präsident der jüdischen Glaubensgemeinschaften in Russland, Aleksandr Moisejevich Boroda, statteten vor dem jüdischen Neujahrsfest einen Besuch bei Putin ab. Thema der Unterredung seien, wie es hieß, unter anderem die historischen Verdienste der sowjetischen Truppen während des Zweiten Weltkriegs, besonders bei der Befreiung von Konzentrationslagern, und die Rettung von tausenden Juden gewesen. (kna-öki 04.10.2017)
- **Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, wünscht sich ein aktiveres Engagement der christlichen Kirchen gegen Antisemitismus in der Gesellschaft.** Er Sorge sich um die Entwicklung in Deutschland, sagte er im rbb-Inforadio mit Blick auf die gestiegene Zahl antisemitischer und antiisraelischer Delikte sowie den Einzug der AfD in den Bundestag. Noch vor zehn oder 15 Jahren hätte er sich einen solchen Erfolg einer rechtspopulistischen, teils rechtsextremistischen Partei in Deutschland nicht vorstellen können, so Schuster. „Es ist mein Wunsch an die christlichen Kirchen, dass sie genau dieses Thema jetzt aktiv aufgreifen, um hier aktiv gegen Antisemitismus zu arbeiten." (kna-öki 24.10.2017)
- **In Berlin soll nach dem Willen des SPD-Politikers Raed Saleh erstmals ein jüdisches Gotteshaus vollständig rekonstruiert werden.** Der Fraktionschef der Partei im Abgeordnetenhaus stellte seine Initiative am 9. November den Medien vor. Er plädierte dafür, die Synagoge am Kreuzberger Fraenkelufer komplett wieder zu errichten. „Wer Schlösser und Kirchen rekonstruiert, muss auch von den Nazis zerstörte Synagogen wiederaufbauen", erklärte der Muslim mit palästinensischen Wurzeln unter Hinweis auf das Berliner Stadtschloss und die Potsdamer Garnisonkirche. Vor 79 Jahren, am 9. November 1938, hatten die Nationalsozialisten die Synagoge am Fraenkelufer wie die meisten anderen im Deutschen Reich in Brand gesetzt. Nach 1945 wurden die Reste weitgehend abgerissen, nur in einem erhaltenen Seitenflügel werden bis heute jüdische Gottesdienste gefeiert. Das Grundstück des früheren Hauptbaus ist nach Salehs Angaben weitgehend frei und im Besitz des Landes Berlin. Zur Begründung eines Wiederaufbaus führte er auch an, dass die Gemeinde unter anderem durch den Zuzug junger Familien schnell wachse. Zudem könne und wolle sie in dem multikulturellen Umfeld von Kreuzberg und Neukölln einen wichtigen Beitrag zum interreligiösen Dialog leisten. Der Berliner Gemeinderabbiner Yehuda

Teichtal begrüßte den Vorstoß Salehs. Ein solches Projekt könne dazu beitragen; „dass Berlin wieder zu einem zentralen Ort jüdischen Lebens in Europa und zum Vorbild für andere Städte weltweit wird“. Mike Delberg von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin erklärte, der derzeitige Gottesdienstraum am Fraenkelufer sei häufig überfüllt, zudem brauche die Gemeinde weitere Räume für soziale und kulturelle Aktivitäten. Saleh hat nach eigenen Angaben bereits viele Unterstützer. Nun sei er dabei, einen Beirat für das Projekt zu bilden. Finanziert werden solle es mit Mitteln von Bund, Land Berlin, Stiftungen, Lottoeinnahmen und Einzelspendern. Nach 1945 gab es in Berlin mehrere Wiederaufbauprojekte, die jüdische Gotteshäuser jedoch nur teilweise rekonstruierten. So entstand die Synagoge in der Charlotten-burger Fasanenstraße in modernen Formen mit Teilen des Vorgängerbaus. Bei der Restaurierung der Synagoge in der Oranienburger Straße im Bezirk Mitte wurde der Hauptgebetsraum nicht wieder aufgebaut. Derzeit gibt es nach Angaben der Jüdischen Gemeinde rund ein Dutzend Synagogen für die über 10.000 Berliner, die einer jüdischen Gemeinde angehören. (kna-öki 14.11.2017)

- **Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat sich für Pflichtbesuche von Oberschülern in KZ-Gedenkstätten ausgesprochen.** Durch Besuche an authentischen Orten könne die Geschichte begreifbarer werden, sagte Zentralratspräsident Josef Schuster dem MDR-Magazin „exakt“. Er halte „solche Besuche auch für Schüler mit Migrationshintergrund, also deren Vorfahren nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hatten, für sinnvoll“. In einer solchen Gedenkstätte werde „sichtbar, wohin die Diskriminierung und Verfolgung einer Minderheit im Extremfall führen kann“. Auch der 84-jährige Ehrenvorsitzende der Jüdischen Gemeinde Leipzig, Rolf Isaacsohn, plädierte für solche Besuche. „Freiwillig haben ja manche Scheu davor, das zu sehen oder zu erleben“, erklärte er. In der DDR waren Besuche von KZ-Gedenkstätten für jeden Schüler verpflichtend, meistens im Rahmen der Jugendweihe. Jetzt steht laut MDR nur noch in Bayern der Besuch einer KZ-Gedenkstätte im Rahmen einer Schulexkursion auf dem Lehrplan. Thüringens Bildungsminister Helmut Holter (Linke) wandte sich indes gegen einen im Lehrplan verordneten Gedenkstätten-Besuch. Zwang sei das falsche pädagogische Mittel, erklärte er gegenüber dem Sender. Er „halte den Weg der Freiwilligkeit für den richtigen“. Auch die Gedenkstätte Buchenwald lehnt eine Verpflichtung ab. Bei freiwilligen Besuchen sei die Eigenmotivation deutlich höher, sich intensiv und nachhaltig mit Buchenwald und seiner Geschichte auseinanderzusetzen. (kna-öki 14.11.2017)
- **Jüdische Vertreter in Russland haben entsetzt auf eine Verschwörungstheorie zum Tod des Zaren Nikolaus II. reagiert.** Die leitende Ermittlungsbeamtin des Justizministeriums zum Tod des Zaren hatte Medienangaben zufolge erklärt, ihr Untersuchungsausschuss wolle herausfinden, ob es sich bei der Hinrichtung der Zarenfamilie um einen jüdischen „Ritualmord“ gehandelt habe. Der orthodoxe Bischof Tichon Schewkunow hatte geäußert, ein bedeutender Teil der mit der Ermordung des Zaren befassten Kirchenkommission habe keinen Zweifel daran, dass dies ein „Ritualmord war“. Die Föderation der jüdischen Gemeinden Russlands verurteilte die Wortmeldungen als „schockierenden Ausdruck eines antisemitischen Mythos“. Auch der Euro-Asiatische Jüdische Kongress verurteilte die Äußerungen. (kna 05.12.2017)
- **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und die beiden großen Kirchen zeigen sich beunruhigt wegen des Antisemitismus in Deutschland.** Steinmeier sagte zum Auftakt des Jubiläumsjahres „70 Jahre Staatsgründung Israel“ in Berlin, der Antisemitismus sei nicht überwunden. „Er zeigt sein böses Gesicht in vielfältigem Gewand.“ Dass in den vergangenen Tagen auf deutschen Plätzen israelische Fahnen gebrannt hätten, „erschreckt mich und beschämt mich“, so Steinmeier. Der Bundespräsident berichtete, er habe am Vortag mit seinem israelischen Amtskollegen Reuven Rivlin telefoniert und dabei die Frage aufgeworfen, ob die einseitige Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels ein sinnvoller Schritt gewesen sei. Das rechtfertige aber „keinen Hass gegen Israel und keine Herabwürdigung unserer jüdischen Bürger auf Deutschlands Straßen und Plätzen“. Die Verantwortung Deutschlands vor seiner Geschichte „kennt keine Schlussstriche für Nachgeborene und keine Ausnahmen für Zuwanderer“, betonte Steinmeier. „Sie ist nicht verhandelbar - für alle, die in Deutschland leben und hier leben wollen.“ Der Bundespräsident wörtlich: „Nur wenn Juden in Deutschland vollkommen zu Hause sind, ist diese Bundesrepublik vollkommen bei sich.“
Die evangelische Bischöfin Petra Bosse-Huber sagte in Berlin, es komme in jüngster Zeit vor allem in Schulklassen mit gemischter ethnischer Zusammensetzung vermehrt zu Übergriffen auf jüdische Schüler. Sie bezweifle, ob Gesetze allein dagegen etwas ausrichten könnten. Vielmehr sei die Zivilgesellschaft aufgerufen, gegen Antisemitismus einzutreten. Der Bamberger katholische Erzbischof Ludwig Schick betonte, die Kirchen seien kategorisch gegen Antisemitismus. Dieser sei auch nicht mit außenpolitischen Fehlern anderer Staaten zu rechtfertigen. Der israelische Botschafter Jeremy Issacharoff forderte unterdessen ein Verbot des Verbrennens von Flaggen.

„Wer Flaggen verbrennt, spricht Israel das Recht auf die Existenz ab“, sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Mit Blick auf die muslimische Zuwanderung sagte der Diplomat, wer nach Deutschland komme und Bürger dieses Landes werden wolle, müsse „die deutsche Erzählung“ übernehmen. Schulen und Universitäten seien gefragt. „Auch ein Dialog zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften würde helfen.“ (kna-öki 19.12.2017)

- **Der italienische Ökumene-Bischof Ambrogio Spreafico hat antisemitische Haltungen im Internet angeprangert.** Er zitierte den Jüdischen Weltkongress, der für das Jahr 2016 über 382.000 antisemitische Postings im Internet gezählt habe. Der Bischof von Frosinone ist Vorsitzender der „Kommission für den Ökumenismus und den interreligiösen Dialog“ der Italienischen Bischofskonferenz (CEI) und äußerte sich im Hinblick auf den ökumenischen „Tag des Judentums“ am 17. Januar, der in diesem Jahr in Italien bereits zum 29. Mal begangen wird. Bischof Spreafico, der am Dienstag an der Theologischen Fakultät der Emilia-Romagna in Bologna gemeinsam mit Rav Alfonso Arbib, dem Vorsitzenden der italienischen Rabbinerkonferenz, über den „Tag des Judentums“ referierte, sagte im Gespräch mit der italienischen katholischen Nachrichtenagentur SIR, er teile mit den jüdischen Gemeinden die Sorge, dass Ideologien zurückkehren, die schon „ad acta gelegt“ schienen. Auch die katholische Kirche dürfe da in der Wachsamkeit nicht nachlassen (rv 17.01.2018)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Die befürchteten neuen Zusammenstöße und weitere „Tage des Zorns“ sind ausgeblieben. Aber ob der Konflikt um den Status von Jerusalem und die Souveränität des Tempelbergs tatsächlich ausgestanden ist, bleibt offen.** Die beanstandeten Metalldetektoren und Überwachungskameras sind abgebaut, die Muslimführer haben ihre Gläubigen zum Ende des Boykotts und zur Rückkehr auf den Tempelberg aufgerufen. Erstmals seit zwei Wochen fand ein Freitagsgebet auf dem islamischen Heiligtum „Haram al-Sharif“ wieder ohne blutige Ausschreitungen statt. Allerdings durften in der Al-Aksa-Moschee nur Männer über 50 beten. Israels Sicherheitskräfte sind in und um die Jerusalemer Altstadt weiterhin in hoher Alarmbereitschaft und äußern sich entschlossen, jede Unruhe rigoros im Keim zu ersticken. Während die Palästinenser einen „Sieg“ feiern, reiben sich Beobachter irritiert die Augen über das doppelte Einlenken des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Nach der Ermordung zweier israelischer Grenzpolizisten und der Erschießung der drei palästinensischen Angreifer auf dem Tempelberg am 14. Juli hatte er scharfe Sanktionen verhängt. Er hatte damit den Streit um den wohl heißesten Punkt des Nahost-Konflikts aufgeheizt - und offensichtlich überreizt. Denn nicht nur seine Sicherheitsberater und Geheimdienste dürften ihn davor gewarnt haben, die gesamte islamische Welt auf diese Weise gegen sich aufzubringen. Vor allem Jordaniens König Abdullah II., traditioneller Wächter über das drittwichtigste Heiligtum des Islam und einer der wenigen arabischen Verbündeten Israels in der arabischen Welt, dürfte ihn zum Nachgeben bewegt haben. Aber genau mit diesem König liegt er nun wegen eines diplomatischen Zwischenfalls über Kreuz: Ein Botschaftswachmann hatte am 23. Juli in Amman einen Handwerker nach einer Schraubenzieher-Attacke sowie einen weiteren Zivilisten erschossen. Nach Protesten aus Jordanien leitete Israel in der vergangenen Woche eine rechtliche Untersuchung des Vorfalles ein. Weiter lässt eine verklausulierte Erklärung des saudischen Königshofs erahnen, dass auch König Salman oder sein Thronfolger Mohammed im Tempelberg-Streit Einfluss genommen haben - sei es direkt oder über Mittelsmänner. Und da Netanjahu neuerdings Einvernehmen mit sunnitischen Mächten wie Jordanien, den Golfstaaten und eben Saudi Arabien gegen den Iran sucht, dürften solche Signale nicht ohne Wirkung geblieben sein. Gerätselt wird, warum Netanjahu derart in diese religiöse Falle tappen konnte. War es der Druck von Hardlinern in seiner Regierung, die ihm mangelndes Durchgreifen in der Jerusalemfrage vorhalten? War es taktisches Lavieren mit Blick auf mögliche vorgezogene Neuwahlen? Oder ein simples Ablenkungsmanöver, wie der frühere Ministerpräsident Ehud Barak vermutete: Denn gegen Netanjahu laufen Nachforschungen wegen Korruptionsverdachts und der Annahme unerlaubter Geschenke. Israelische Medien werten das Nachgeben des Ministerpräsidenten als einen Prestige-Erfolg für Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Er habe im Konflikt um das religiöse Heiligtum Härte und Entschlossenheit gezeigt und sich für dessen Souveränität gegen eine aus arabischer Sicht schrittweise Judaisierung Jerusalems eingesetzt. Von China kommend, hatte er am 27. Juli das Krisentreffen mit Jerusalems Großmufti Mohammed Ahmed Hussein und der Tempelbehörde Wakf geleitet. Anschließend begab er sich wegen physischer Erschöpfung in eine Klinik, wurde aber inzwischen wieder entlassen. Dennoch wird über den Gesundheitszustand des 82-Jährigen gerätselt - samt Nachfolgeszenarien. Ob und wann Abbas die offiziellen Kontakte zu Israel, die er

wegen der Tempelberg-Krise eingefroren hatte, wieder aufnehmen will, ist unklar. Auch hier spielt das interne Kräfterennen - mit der radikalen Hamas - eine Rolle.

Auf den Tourismus hatte der Tempelberg-Konflikt so gut wie keine Auswirkungen. Pilger und Touristen mieden in den heißen Stunden des Freitags zwar die neuralgischen Punkte am Löwen- und am Damaskustor. Aber bis auf wenige Straßen im Muslim-Viertel war die Altstadt frequentiert wie sonst auch. Gruppen zögen durch die Basarviertel, beteten in der Grabeskirche und besuchten die Klagemauer. Wenn es kommenden Freitag ähnlich ruhig bleibe, stünden die Chancen für ein Ende dieser Krise gut, meinen Landeskenner. Damit ist aber keineswegs der zugrundeliegende Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern und das Ringen um die Zukunft Jerusalems ausgestanden. (Johannes Schidelko, kna-öki 01.08.2017)

- **Archäologen haben in Israel nach eigenen Angaben womöglich den Heimatort des Apostels Petrus entdeckt.** Zusammen mit zwei US-Kollegen sei er bei Ausgrabungen am See Genezareth vermutlich auf Überreste des antiken römischen Ortes Julias gestoßen, sagte der israelische Archäologe Mordechai Aviam. Julias wurde nach Angaben des römischen Historikers Flavius Josephus um das Jahr 30 n. d. Z. auf den Ruinen des Fischerdorfes Bethsaida gebaut, das laut Evangelium als Geburtsort von Petrus gilt. Auch zwei weitere Apostel, Petrus' Bruder Andreas und Philippus, sollen in Bethsaida geboren worden sein oder dort gelebt haben. Die Archäologen sind seit Jahren auf der Suche nach dem antiken Julias und konzentrierten sich bislang auf drei Ausgrabungsorte. Die nun freigelegte Stätte unweit der Mündung des Jordans befindet sich einige hundert Meter vom See Genezareth entfernt. Die Archäologen fanden dort laut Aviam zahlreiche Gegenstände aus römischer Zeit, darunter Teile von Töpferware, Geldstücke und Spuren eines öffentlichen Badehauses. Das spreche dafür, "dass dies sich nicht nur ein kleines Dorf, sondern eine Stadt war, bei der es sich um Julias handeln könnte", erläuterte der Archäologe. Weiter Ausgrabungen sollen diese Vermutungen noch bestätigen. (ILI News 13.08.2017)
- **Die Restaurierung der Jerusalemer Grabeskirche soll in Kürze fortgesetzt werden.** Miteigner Kustos Francesco Patton erklärte gegenüber der Katholischen Nachrichten-Agentur KNA, dass über einen Vertrag für eine zweite Bauphase verhandelt werde. "Sobald er unterzeichnet ist, gehen die Arbeiten weiter." Unter anderem müsse noch der Fußboden in der Grabtunde erneuert werden. Die einjährigen Arbeiten an der Ädikula, der stark einsturzgefährdeten Kapelle über dem Grab, wurden bereits im März abgeschlossen. Jahrzehntlang hatte es Konflikte zwischen den drei Eignern der Kirche über dem Grab Christi gegeben, die verschiedenen Konfessionen angehören. Da die Franziskaner-Kustodie, das griechisch-orthodoxe und das armenische Patriarchat sich nicht einigen konnten, hatte der israelische Staat durch die Sperrung des Grabes Jesu wegen Baufälligkeit die Arbeiten erzwungen. Dass die Restaurierung überhaupt zustande kam, gilt deshalb als "ökumenische Sensation. (ILI News 13.08.2017)
- **Frauen können als Direktorinnen die Leitung von Rabbinengerichten übernehmen.** Zu diesem Urteil kam das oberste israelische Gericht, wie örtliche Medien berichteten. In Zeiten, in denen Frauen ranghohe öffentliche Positionen innehätten, sei es undenkbar, dass ihnen nicht die angemessene Repräsentation in der Leitung der Rabbinengerichte zugestanden werde, begründete der stellvertretende Gerichtspräsident Elyakim Rubinstein die Entscheidung. Das Gericht hielt in seiner Auslegung des bestehenden Gesetzes zu Rabbinengerichten fest, dass die Anforderungen an die Leitung eines Rabbinengerichts für männliche wie weibliche Kandidaten gelten. Kandidaten müssen demnach Einwohner Israels sein, eine rabbinische Anwaltslizenz haben oder Juristen mit Hochschulabschluss auf den Gebieten hebräisches Recht oder Talmud sein sowie über eine mindestens siebenjährige Berufserfahrung an Rabbinengerichten verfügen. Die Leiterin der Anwalts- und Frauenrechtsorganisation „Mavoi Satum“, Batya Kahane-Dror, bezeichnete das Urteil laut Medienberichten als „historischen Durchbruch in Sachen Religion und Staat“. (kna-öki 22.08.2017)
- **Um mehr als einen Meter sinkt der Wasserspiegel des Toten Meeres pro Jahr.** Tausende von Einsturzlöchern, aber auch plötzlich auftretende Starkregen und Sturzfluten zählen zu den Herausforderungen für Bevölkerung und Umwelt in der Region. Die zugrundeliegenden meteorologischen, hydrologischen und geophysikalischen Prozesse und Zusammenhänge haben Wissenschaftler des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), des GFZ - Deutsches GeoForschungsZentrum Potsdam und des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig über fünf Jahre im Virtuellen Helmholtz Institut DESERVE gemeinsam mit lokalen Partnern untersucht (DESERVE: "Dead Sea Research Venue"). Im Fokus standen Wasserverfügbarkeit, Klimawandel und Umweltrisiken. Ziel war es, den wissenschaftlichen Sachstand zu dokumentieren, auch als Grundlage für künftige umweltpolitische Entscheidungen.

Dafür haben die Forscher Langzeitmessungen an über 150 Standorten um das Tote Meer durchgeführt, auch an der mit 429 Metern unter dem Meeresspiegel am tiefsten gelegenen meteorologischen Messstation der Welt. (ILI News 11.09.2017)

- **Der Leiter der US-amerikanischen reformjüdischen Bewegung, Rabbiner Rick Jacobs, hat vor möglicher Gewalt gegenüber nichtorthodoxen Juden in Israel gewarnt.** Der vom früheren israelischen Oberrabbiner Schlomo Amar geäußerte Vergleich von Reformjuden mit Holocaustleugnern könne „zu Drohungen und Gewaltakten gegen nichtorthodoxe Juden in Israel führen“, sagte Jacobs laut Bericht der Tageszeitung „Haaretz“ in einer Stellungnahme. Es sei unhaltbar, dass Amar sein Gehalt von der israelischen Regierung beziehe, so Jacobs weiter. Hintergrund sind Äußerungen Amars im Streit um Gebetsrechte nichttraditioneller Gruppen an der Klagemauer in Jerusalem. Amar hatte den reformjüdischen Bewegungen vorgeworfen, die Stätte entweihen zu wollen. Die Forderung nach einer geschlechtergemischten Gebetsabteilung an der Klagemauer verstoße gegen die traditionellen Quellen jüdischen Religionsrechts. Damit, so Amar, „verleugnen sie mehr als den Holocaust. Sie verleugnen den Tempel, alle Mischna-Quellen und alle talmudischen Traktate, die von einem Männerabschnitt und einem Frauenabschnitt sprechen“. In dem seit Jahren andauernden Streit geht es um die Frage, welche Rechte Gebetsformen erhalten, die nicht der strengreligiös-jüdischen Tradition entsprechen. Nichtorthodoxe Juden fordern unter anderem das Recht, gemeinsame Gebete von Männern und Frauen vornehmen zu dürfen sowie Frauen zu erlauben, aus der Thora zu lesen und Gebetsschal sowie -riemen zu tragen. (kna-öki 12.09.2017)
- **Israels Präsident Reuven Rivlin hat den neuen Vatikanbotschafter Leopoldo Girelli empfangen.** Zusammen mit den Botschaftern von Schweden, Portugal und Uruguay überreichte Girelli sein diplomatisches Beglaubigungsschreiben, wie der Sprecher des Präsidentenbüros mitteilte. Girelli übermittelte Rivlin Grüße und Segenswünsche von Papst Franziskus. Der Papst lege Wert darauf, „die Bedeutung von Dialog, Toleranz und gegenseitigem Verständnis“ zu betonen. Rivlin seinerseits sprach Papst Franziskus seine Anerkennung aus für dessen Bemühen um Verständigung zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen und versprach, alles dafür zu tun, dass in Jerusalem jedermann Gott nach seinem Glauben ehren dürfe. (kna 30.11.2017)
- **Der muslimische Schlüsselwächter der Grabeskirche hat angekündigt, US-Vizepräsident Mike Pence bei dessen bevorstehenden Jerusalem-Besuch nicht zu begrüßen.** Gleichzeitig rief Adib Joudeh al-Husseini den Franziskanerkustos Francesco Patton als katholischen Hüter der christlichen Heiligen Stätten sowie den griechisch-orthodoxen Patriarchen Theophilos III. auf, Pences Besuch in der Kirche zu boykottieren, meldet die palästinensische Nachrichtenagentur „Wafa“. Al-Husseini, dessen Familie schon seit osmanischer Zeit den Schlüssel zur Grabeskirche hütet, erklärte seine Weigerung mit seinem Protest gegen die von US-Präsident Donald Trump unlängst ausgesprochenen Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt. (kna 14.12.2017)
- **Konstantins Mörtel bestätigt Alter von Jesu Grab.** Chemische Tests des Mörtels zwischen dem Urfelsen aus Kalkstein und der abdeckenden Marmorplatte auf dem "Grab Jesu" in der Jerusalemer Grabeskirche ergaben eine ungefähre Datierung von 345 n. Chr. Das berichtete National Geographic. So wurde bestätigt, dass es sich um jene Stätte handelt, die Kundschafter des Kaisers Konstantin "entdeckt" und mit einer Marmorplatte überdeckt haben, um sie zu kennzeichnen. Die turbulente Geschichte der Kirche, die im Jahre 1006 völlig entkernt worden war, hatte bei Historikern Skepsis aufkommen lassen, ob das heutige traditionelle "Grab Jesu" tatsächlich der ursprüngliche Standort war. Der Mörteltest stützt die Theorie, dass sich der Standort seit seiner "Entdeckung" unter Konstantin nicht geändert habe. Vor 2.000 Jahren war es jüdische Sitte, die Toten erst in einer Höhle verwesen zu lassen und dann nach sechs Monaten ihre Knochen einzusammeln und in sogenannte Ossuarien, steinerne Grabkästen zu legen. Auf die Kästen wurde meist der Name des Verblichenen eingeritzt. Laut Neuem Testament wäre Jesus im Jahr 30 oder 33 gekreuzigt worden. Hunderte Jahre später sandte der christliche Kaiser Konstantin (272-337 n. Chr.) Gesandte nach Jerusalem, um Jesu Grab zu suchen. Sie wurden auf einen etwa 200 Jahre zuvor errichteten römischen Tempel hingewiesen, den sie zerstörten. Darunter fand man eine Höhle mit einem in den Felsen gehauenen "Begräbnisregal" im Stil der Zeit. Das Edicule - "Grab Jesu" - wurde später darüber errichtet. Ein Geheimnis um das Grab war der Ursprung und das Datum der bei den neuesten Renovierungsarbeiten freigelegten Marmorplatte gewesen. Die chemische Untersuchung des Mörtels ergab jetzt eine klare Datierung. Das ursprüngliche "Bestattungsregal" aus Kalkstein wurde genau wie die Kalksteinwände intakt gefunden. (ILI News 04.12.2017)

3. Personen

- **Vom Banker zum Theologen: Rabbiner Homolka an die Spitze der liberalen Juden gewählt.**
Sein Lebenslauf hat es in sich. Er ist ein Hans-Dampf-in-allem-Gassen. Wirtschaftswissenschaftler und jüdischer Theologe, ein Bein im weltlichen Leben und eins im geistlichen; wie er selbst sagt. Walter Homolka (53) ist eine Ausnahmefigur. Früherer Investmentmanager der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, wo er den ersten deutschen Umwelt-Ethik-Fonds gründet. Anfang der 90er Jahre wird Homolka Vorstandsassistent der Bertelsmann AG in München und persönlicher Referent des Vorstandsvorsitzenden Mark Wössner. Zwei Jahre später ist er Kaufmännischer Direktor beim Siedler-Verlag; 1998 Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland und im Jahr 2000 Kultur-Chef der Deutschen Bank. Doch mehr und mehr stützt sich Homolka auf sein geistliches Standbein und wird damit einer der bekanntesten Vertreter des deutschen Judentums. Seit 1997 Rabbiner, ist er Rektor des 1999 von ihm mitgegründeten Abraham Geiger Kollegs in Potsdam, an dem liberale Rabbiner und Kantoren ausgebildet werden, außerdem seit 2014 Professor für 'Jüdische Religionsphilosophie' der Neuzeit und Geschäftsführender Direktor der School of Jewish Theology der Uni Potsdam. Am 30. Juli wurde er in Bonn auch noch zum Vorsitzenden der Union progressiver Juden (UpJ) gewählt, dem Zusammenschluss von 26 liberalen Gemeinden in Deutschland mit rund 5.200 Mitgliedern. Auch religiös ist der 53-Jährige einen weiten Weg gegangen.
Geboren wurde er im niederbayrischen Landau in einer katholischen Familie; die Mutter war eine Musikerin jüdischer Herkunft. Mit 17 konvertierte er zum Judentum. „Mich faszinierte die klare Lehre vom verborgenen Gott, dem letztlich ganz Anderen“, erklärt er im Rückblick. Vielleicht sei es aber auch ein Stück weit ein Protest gegen das Sinnmonopol seiner damaligen katholischen Umgebung gewesen. Letztlich aber stelle Gott die Menschen eben dahin, wo er eine Aufgabe für sie hat.
All das hat Homolka offenbar die Beharrlichkeit verschafft, das eigentlich Unmögliche möglich zu machen: Erstmals nach dem Holocaust in Deutschland wieder liberale Rabbiner auszubilden - und das mittlerweile an einer staatlichen Hochschule. Homolka wirbt für ein Judentum der Vielfalt. Dass er gleich nach der Wahl an die Spitze der liberalen Gemeinden bekundete, an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden interessiert zu sein, hat seinen Grund auch in Spannungen zwischen den Richtungen des Judentums. Zur Jahrtausendwende hatten Vertreter des orthodoxen Judentums und des Zentralrats bis hinauf zu den Vorsitzenden Ignatz Bubis und Paul Spiegel Homolka sowohl das Judentum als auch die Qualifizierung als Rabbiner abgesprochen.
Homolka setzt sich für einen respektvollen Umgang aller Religionen miteinander ein und fordert gemeinsame Allianzen gegen Antisemitismus. Er sucht ein „gedeihliches Miteinander“ auf Augenhöhe auch mit dem Islam. Schließlich unterlägen Muslime, Juden und Christen dem gemeinsamen Erbe unter ein und demselben Gott.
Durchaus kritisch äußert sich Homolka zum christlich-jüdischen Dialog, an dem er sich sehr intensiv beteiligt. Zwei Fotografien, auf denen der Rektor des Abraham Geiger Kollegs den Päpsten Franziskus und Benedikt XVI. die Hand schüttelt, hängen in seinem Büro. Oft bezögen sich Christen auf ein Judentum, wie es zurzeit Jesu bestanden habe, bemängelt Homolka. Sie ignorierten „2.000 Jahre Glaubensgeschichte“, kritisierte er noch im Juni in Wittenberg. Jahrhundertlang habe die Kirche ihre Botschaft auf der Grundlage der Behauptung vorgetragen, dass das Judentum als „defizitäre Vorform“ des Christentums religiös versagt habe. Demonstrativ sagte er 2008 seine Teilnahme am Deutschen Katholikentag in Osnabrück ab, weil Papst Benedikt VI. die katholische Karfreitagsfürbitte für die Juden in der Fassung für den „außerordentlichen“ lateinischen Ritus so verändert habe, dass sie die Judenmission billige. Homolka erklärte damals, Gott habe die Juden zum „Licht unter den Völkern“ berufen, daher sei sicher keine Erleuchtung durch die katholische Kirche nötig. (Christoph Arens, kna-öki 01.08.2018)
- **Henry G. Brandt, Vorsitzender der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschlands,** fordert von der neuen Bundesregierung, das Thema Migration „bestimmt, mutig und effizient“ anzugehen - „und zwar nicht nur mit Worten, sondern vor allem mit Taten“, sagte Brandt der kna in Augsburg. „Beschlossene Abschiebungen müssen auch durchgeführt werden“, mahnte Brandt. Der Rabbiner ergänzte, in vielen islamischen Ländern saugten Menschen antijüdische Haltungen quasi mit der Muttermilch auf. „Bei allem Enthusiasmus für berechnete Hilfen für Flüchtlinge müssen wir deshalb genau schauen, wer nach Deutschland hereinkommen darf.“
Brandt äußerte sich in einem Interview zu seinem Geburtstag: Am 25. September wurde er 90 Jahre alt. Stolz sei er in seinem Leben etwa auf seinen Beitrag dazu, „dass Juden und Christen heute insgesamt freund- und partnerschaftliche Beziehungen pflegen; das war bis zum Zweiten Weltkrieg ja ganz anders, damals waren Juden für Christen Gegner“. Brandt lobte besonders die

jüdisch-katholischen Beziehungen: „Die sind heute sehr gut. Auf die Katholiken ist für uns Juden Verlass, was das solidarische Miteinander angeht.“ Bei den Protestanten hingegen „gibt es leider immer noch Evangelikale, die uns taufen wollen“.

Henry G. Brandt wurde erst kürzlich der Klaus-Hemmerle-Preis 2018 für sein Lebenswerk im interreligiösen Dialog zugesprochen. Er ist zudem Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Bayerischen Verdienstordens sowie Ehrenbürger Augsburgs. Außerdem ist er Ehrenpräsident des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Geboren wurde er 1927 in München als Heinz Georg Brandt und floh als Elfjähriger mit seiner Familie über Großbritannien ins damalige Palästina. Nach Kriegsende studierte er Nationalökonomie in Belfast und später für das Rabbinat in London. 1983 kehrte Brandt nach Deutschland zurück, wo er unter anderem bis 1995 Landesrabbiner von Niedersachsen und danach bis 2005 Landesrabbiner von Westfalen-Lippe war. Er ist verheiratet, hat vier Kinder und sieben Enkel und lebt in Augsburg und in der Nähe von Zürich. (kna-öki 26.09.2017)

4. Bücher

- **Eva Gruberova und Helmut Zeller: Taxi am Shabbat. Eine Reise zu den letzten Juden Osteuropas. München: Beck, 2017, 18,00 Euro.** Die Autorin und der Autor besuchten Städte Osteuropas, die vor dem Zweiten Weltkrieg Zentren des Judentums waren. Durch Gespräche mit Rabbinern und Intellektuellen wird auf anschauliche Weise deutlich, wie sich jüdisches Leben nach dem Ende der Schoa und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelt hat und wie es heute in u.a. Krakau, Prag sowie Budapest aussieht. Das Buch gibt einen informativen Überblick über jüdisches Leben in Osteuropa. Ursula Rudnick (mit freundlicher Genehmigung dem Rundbrief des Vereins Begegnung. Christen und Juden in Niedersachsen e. V., News 12/2017 entnommen)
- **Neue Broschüre der EKD: Antisemitismus.** Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen – und was wir dagegen tun können: Auf übersichtlichen 22 Seiten fasst die kleine Broschüre konzentriert zusammen, was aktuell zum Stand der jüdisch-christlichen Beziehungen zu sagen ist. Der Rückblick auf die eigene Geschichte schärft die Diagnose wie die Darstellung alter und neuer antisemitischer Aussagen, Projektionen und Vorurteile. Zu bestellen bei: Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover, versand@ekd.de
- **"Eingefangene Schatten: Mein jüdisches Familienbuch"** heißt das Ergebnis einer jahrelangen Recherche. Die Dichterin Dagmar Nick erzählt die wechselvolle Geschichte ihrer jüdischen Vorfahren in Hamburg, Berlin und Breslau vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. Sie kamen aus Spanien, arbeiteten sich von Hausierern zu Hoflieferanten hoch, finanzierten als gnädig geduldete Hofjuden mehrere Herrscher, aber ihre Existenz hing immer am seidenen Faden... **Dagmar Nick: Meine jüdischen Verwandten, 268 Seiten; Verlag: C.H.Beck, € 24,95, ISBN 978-3-406-8148-6**
- **Die Arbeit an der „Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur" (EJGK) ist abgeschlossen.** Der Herausgeber Dan Diner stellte das Werk in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin vor. Die EJGK erschließt nach Angaben des Wissenschaftlers in sechs Bänden und einem Registerband jüdische Lebenswelten der Moderne. Die EJGK ist Teil des von Diner im Rahmen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften geleiteten und in Leipzig ansässigen Projekts „Europäische Traditionen - Enzyklopädie jüdischer Kulturen". Sie ist nach Angaben der Forscher die erste große deutschsprachige jüdische Enzyklopädie seit der in den 1920ern begonnenen Encyclopaedia Judaica, deren Erscheinen 1934 unvollendet eingestellt wurde. Die EJGK bietet nach Verlagsangaben in 780 Einträgen von 550 Autoren den aktuellen Stand der internationalen Forschung. (kna-öki 04.10.2017)

Alle Beiträge, die mit ILI News gezeichnet sind, entstammen mit freundlicher Genehmigung der Website www.il-israel.com.